

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 07. November dieses Jahres wurde uns durch Frau Bürgermeisterin Gronau der Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 vorgelegt und die Fraktionen haben in den vergangenen Wochen intensiv und zielorientiert darüber diskutiert.

An dieser Stelle darf ich mich für die CDU-Fraktion herzlich bei allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die Erstellung dieses Zahlenwerks bedanken.

Ich erspare Ihnen an dieser Stelle die ausführliche Wiederholung der entsprechenden Ergebniszahlen. Diese sind Ihnen ja in voller Breite bekannt. Unterm Strich: 7,5 Mio. Fehlbedarf im Ergebnis. Wir sind wie bereits im letzten Jahr wieder bei einer düsteren Ausgangslage angekommen – ob sie sich wie in den vergangenen Jahren unverhofft wieder entspannt? Das ist unklar.

Haushalte mit enormen Verlusten im Ergebnis sind leider in den letzten Jahren keine Seltenheit geworden. Das betrifft uns als Stadt Herborn ebenso wie viele andere Kommunen, Herborn aufgrund seiner starken Abhängigkeit von der Gewerbesteuer sogar noch stärker als andere. Die Auswirkungen der globalen Krisen treffen uns in der sogenannten kommunalen Familie besonders hart, da wir abhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer heimischen Unternehmen sind. Steckt die Wirtschaft in der Krise, trifft es zuallererst die Kommunen. Ständig steigende Umlagen an unsere übergeordneten Körperschaften und die stetige Mehrung von Rechtsansprüchen, die in Berlin und Wiesbaden entschieden, aber in Herborn bezahlt werden, geben ihr Übriges hinzu. Wir alle gönnen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst lang verhandelte Tariferhöhungen – doch diese wirken sich in erheblichem Maße auf kommunale Haushalte aus – denn das Geld kommt nicht vom Staat, sondern wird von den Bürgerinnen und Bürgern hart erarbeitet. Das sogenannte „Konnexitätsprinzip“ („Wer bestellt, bezahlt“), wie es in Artikel 104 GG verankert ist, wird seit jeher eher stiefmütterlich behandelt.

Besondere Lagen wie die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die damit einhergehenden Teuerungen und Auswirkungen der Inflation sind unvorhersehbare Ereignisse, die sich selbstverständlich in vielerlei Hinsicht auch auf uns auswirken.

Die Gewerbesteuer ist für uns zu einer absoluten Wundertüte geworden. Schwankungen, unvorhergesehene Nach- und Rückzahlungen – wir haben in den letzten Jahren viele erfreuliche, aber auch bedauernde Überraschungen erlebt.

Aber, das möchte ich noch einmal wiederholen: das sind die Regeln, nach denen alle Kommunen spielen müssen. Solange es keine grundlegenden Veränderungen der kommunalen Finanzierung auf höherer Ebene geben wird, sind wir dieser Situation mehr oder weniger ausgeliefert. Ex-Landrat

Wolfgang Schuster sprach in seiner letzten Haushalteinbringung vor wenigen Wochen davon, dass man darauf dränge, dass die Kommunen künftig beispielsweise stärker an der Umsatzsteuer beteiligt werden müssen, wenn man handlungsfähig bleiben möchte. Das ist natürlich Zukunftsmusik, fast schon ein kleines Traumschloss.

Blicken wir auf unseren Herborner Haushalt für 2025, müssen wir feststellen: nach den vorliegenden Prognosen für die Jahre 2025 – 2028 sind wir spätestens in 2029 „pleite“ – denn dann sind unsere Rücklagen endgültig aufgebraucht. Der Kassenstand wird bereits 2027 negativ beziffert sein. Wir leben aktuell buchstäblich von der Substanz und verwalten den Mangel. Was geschieht dann? Ab dem Jahre 2029 hätten wir nach aktuellem Stand kein Geld mehr zur Verfügung, um Zahlungen über die originären Pflichtaufgaben hinaus zu bewältigen: Personal, Kinderbetreuung, Brandschutz, Straßenunterhaltung – das ist die Prognose, die aus diesem Haushalt spricht.

Wir investieren. Wir investieren nicht in Luxusprojekte, sondern in notwendige Standortfaktoren. Und in der Diskussion waren wir uns bei diesen Projekten bisher auch größtenteils einig.

Die Bürgermeisterin sprach in Ihrer Einbringungsrede davon, dass man dem Haushalt die Überschrift „Sanierungsstau“ geben müsse. Das ist richtig. In der Vergangenheit wurden notwendige Investitionen oft zu spät oder gar nicht angegangen – von Ihrem Vorgänger, aber nach 5 Jahren Amtszeit, muss das auch für Sie gelten, Frau Bürgermeisterin.

Ein Feuerwehrneubau ist dringend erforderlich und Pflichtaufgabe. Die Sanierung unseres Herborner Freibades ist im Sinne der kommunalen Daseinsfürsorge ebenfalls kein „Nice-to-have“, sondern eine von vielen Zukunftsinvestitionen, die uns in der Diskussion seit mittlerweile 2010 begleiten – hätten wir doch damals mal gebaut. Der Neubau einer Kindertagesstätte und Investitionen in die bestehenden Immobilien sind ebenfalls notwendige Maßnahmen.

Blicken wir auf die Prognosen der ordentlichen Ergebnisse für die kommenden Jahre:

2025 -7.690 T€

2026 -7.755 T€

2027 -6.913 T€

2028 -6.865 T€

Ja, wir sind kein Wirtschaftsunternehmen im engeren Sinne. Aber was geschieht hier?

Im Haushaltsjahr 2023 hatten wir nach langen Jahren mal wieder einen planmäßig ausgeglichenen Haushalt. Ein Glücksfall. Die Prognosen für die kommenden Jahre sehen wieder düster aus.

Und wie begegnen wir dieser Situation?

Das hätte ich gern von Ihnen, Frau Bürgermeisterin, gewusst, die Sie seit 2019 mit dem Hashtag #SolideFinanzen auf Ihrer Instagram-Seite werben.

Wir haben von dieser Stelle fraktionsübergreifend schon mehrfach Vorschläge und Gestaltungswillen eingefordert. Zum Haushalt 2023 führte mein geschätzter Kollege Jens Nießmann die Haushaltsrede für unsere Fraktion und forderte damals zum „Bergfest“ nach drei Jahren Amtszeit ein, dass wir uns einen Plan für die Zukunft wünschen. Passiert ist nichts. Wir verwalten den Mangel und leben auf Grundlage dieses Haushalts über die nächsten Jahre von der Substanz – das ist als Ausblick schlichtweg inakzeptabel.

Das Wort „Gewerbegebiet“ kommt im Haushalt, der ja bereits bis 2028 blickt, nur an einer Stelle vor: im Haushaltssicherungskonzept – durch die Streichung einer Bushaltestelle im Hörbacher Gewerbegebiet „Herborner Straße“. Im integrierten Planwerk ist zwar neben dem Stadtentwicklungskonzept und dem Wohnbauflächenentwicklungskonzept auch ein Gewerbeflächenkonzept angedacht – Fertigstellung Ende 2025/ Anfang 2026 – es hätten aber schon viel früher die Weichen hin zur Ansiedlung neuen Gewerbes gestellt werden müssen – wir können uns nicht auf einer mittel- und langfristigen Konzeption, die noch nicht mal im Ansatz vorliegt, ausruhen, wenn die Hütte brennt. Hier sind in der Vergangenheit Chancen auch einfach nicht genutzt worden, denke ich an das gescheiterte Vorhaben Dreispitz.

Stattdessen konsolidieren wir im „Kleinvieh“. Unter den 43 Maßnahmen des HSK finden sich unter anderem Maßnahmen, wie:

- Kürzung der Gagen der Kinderkulturtage: 700 € auf zwei Jahre.
- Optimierung der Grillhüttenpacht: 900 € pro Jahr.
- Erhöhung der Saalmiete des Großen Saals für Hochzeiten: 250 € im ersten 500 € pro Jahr in den weiteren Jahren.
- Aufwandsreduzierung von Verbrauchswerkzeugen im Baubetriebshof: Einmalig 500 €.

Da können wir auch nach der Ausschusswoche den Hut für Sitzungsgelder rumgehen lassen, die wir im HSK im übrigen ebenfalls um 20.000 € jährlich reduzieren werden und somit unseren Beitrag zur Konsolidierung leisten.

Das Alte Rathaus in Hörbach stand wiederholt zum Verkauf im Konsolidierungsprogramm – wie vor einigen Jahren schon einmal. Der letzte Treffpunkt des Ortes in städtischer Hand. Kritisiert durch den OB, von uns aus dem HSK gestrichen. Kauf-Interessenten: Fehlanzeige.

Das alte Rathaus Burg – gleiche Geschichte, anderer Ortsteil.

Die für 2026 ins Auge gefasste Planung des Neubaus des Bürgerhauses Guntersdorf – erstmals im Haushalt und sofort konsolidiert – verbuche ich mal unter der Kategorie „Wahlgesehen“. Ohnehin: Was haben wir mit unseren Bürgerhäusern überhaupt vor? Wir haben dazu von Ihnen in den vergangenen Jahren nicht ein Wort gehört.

Und dann ein absolutes Highlight der Haushaltskonsolidierung, bei der uns allen die Kinnlade heruntergefallen ist: der Zuschuss zu den Seniorenweihnachtsfeiern sollte künftig über das lang erkämpfte Ortsbeiratsbudget abgerechnet werden. Nach langen Jahren hart erkämpft, von der Koalition Anfang der aktuellen Wahlperiode initiiert. Die Ortsbeiräte sind dankbar für diesen Freiraum, um Gutes für die Ortsgemeinschaft tun zu können – und wir konsolidieren damit den Haushalt – was für ein Zeichen soll das sein?

Wie bereits Jahren müssen wir festhalten:

Wir geben wiederholt mehr Geld aus, als wir einnehmen. Entweder wir reduzieren den Aufwand oder wir steigern die Erträge oder beides. Beides kann mit Einschränkungen und unangenehmen Entscheidungen verbunden sein. Wir haben wieder eine sehr prägnante Übersicht über unsere Kostenunterdeckungen in den verschiedenen Produktbereichen erhalten. In der Zukunft werden wir nicht umhinkommen, in einigen dieser Bereiche Konzeptionen und Strukturen zu verändern – wir leben als Kommune aktuell über unsere Verhältnisse – es muss sich etwas ändern und das sind wir alle gefragt.

Sie sprachen in ihrem damaligen Wahlprogramm vollmundig vom Konzept „Herborn 2030“ – wo ist es? Wohin soll die Reise gehen? Antworten sind Sie bis heute schuldig geblieben.

Diesem Haushalt fehlt es – nicht handwerklich – sondern hinsichtlich Ideen und einem Plan gänzlich an Substanz – und das ist bedauerlich.

Wir wissen, dass die Lage so ist, wie sie ist.

Wir sind uns der Verantwortung vor den Bürgerinnen und Bürgern bewusst, angestoßene Projekte nicht zu gefährden.

Wir sitzen alle im selben Boot, aber wir scheinen nicht in dieselbe Richtung zu rudern.

Nach jetzigem Stand fahren wir mit unseren Haushalten in den nächsten Jahren buchstäblich auf Sicht.

Unter anderen Umständen müssten wir diesen Haushalt eigentlich ablehnen.

Wir stimmen dem Haushalt zu und hoffen, dass sich für die künftigen Herborner Haushalte grundlegend etwas ändert. Vielleicht schon bei der Bürgermeisterwahl im kommenden Mai.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.